

## Kapitel VII

### TSCHECHISCHE ZIVILGESELLSCHAFT IM BEITRITTSPROZESS

Die Existenz einer starken Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Teil der politischen Kriterien für den EU-Beitritt. „A vibrant civil society reflects the strength of an open and democratic state that respects the rule of law, the importance of human rights and the protection of minorities. Such a civil society demonstrates that the necessary institutional framework is in place to support the sustainability of these principles.“<sup>436</sup> Die Agenda 2000 signalisierte eine Rückbesinnung der EU auf das Institutional building der Beitrittsstaaten (neben der Investitionsförderung) in diesen Bereichen. Allerdings ist die Kritik an der Überbetonung der ökonomischen Dimension der Transformationsförderung im Vergleich zu Maßnahmen im Bereich Demokratieförderung und Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen insbesondere durch die europäische Fördergemeinschaft nicht von der Hand zu weisen.<sup>437</sup>

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Tschechien haben sich in den letzten zwei Jahren vor dem EU-Beitritt aktiver am Beitrittsprozess beteiligt. Die Aktivitäten sind vordergründig auf Eigeninitiative von Organisationen zurückzuführen, die ein zunehmendes Bewusstsein dafür entwickelten, dass der Beitritt zur EU mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und somit auch mit bedeutenden Änderungen bezüglich der gesellschaftlichen Stellung zivilgesellschaftlicher Institutionen verbunden ist. Diese haben sich bemüht, die Ausgestaltung des *Nationalen Entwicklungsplans* (Národní rozvojový plán)<sup>438</sup> – der Basis für die künftige Nutzung der Strukturfonds – mitzubestimmen.

Die Partizipation der Öffentlichkeit über die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Institutionen an der Aufstellung des Nationalen Entwicklungsplans verschaffte auch der Regierung und der Delegation der Europäischen Kommission in der ČR zusätzliche Legitimation.

Eine von der Regierung unabhängige Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema „Der tschechische Nonprofit-Sektor und die europäische Union“ ist die Internet-Seite EUFONIE (<http://www.eufonie.cz>), die aktuelle Dokumente und Informationen über den Integrationsprozess für Nonprofit-Organisationen enthält.

---

<sup>436</sup> Meech, N.: Civil society in Central Europe: aspects of cooperation between NGOs and the state. Beitrag zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag: Civil Society in Czech Republic – the EU perspective. Prag, 11. November 2002, S.1.

<sup>437</sup> Als Anhaltspunkt dient an dieser Stelle ein Vergleich des Finanzierungsvolumens von Phare democracy in 1996 mit 3,5 Mio. Ecu und Phare ACE in 1998 (Action for Co-operation in Economics) mit 4,5 Mio. €. [www.vlada.cz/1250/vrk/eu.htm](http://www.vlada.cz/1250/vrk/eu.htm) vom 26.06.03 und Frantz, Ch.: EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen. 2000, S.226.

<sup>438</sup> Ein Überblick über Internet-Seiten zum Nationalen Entwicklungsplan sowie über andere wichtige Dokumente für die strategische Entwicklung der Tschechischen Republik ist unter <http://www.cpkp.cz/strategie.html> zu finden. Vgl. Anhang 11

Die „Europäische Bewegung in der Tschechischen Republik“, eine 1991 gegründete Zivile Vereinigung unterstützte ähnlich wie ihre Schwesterorganisationen in anderen Ländern die Vision eines einheitlichen, föderalen Europas, das sich auf den demokratischen Prinzipien der Freiheit und der Solidarität begründet.<sup>439</sup>

Die Standpunkte und Interessen zivilgesellschaftlicher Akteure wurden in den Ausschüssen des tschechischen Parlaments berücksichtigt und später in die Verhandlungen der einzelnen Kapitel eingebracht.

„Der Chefunterhändler ist regelmäßig ins Parlament gegangen und musste dort die jeweiligen Ausschüsse, den Europa-Ausschuss bzw. dann den Auswärtigen Ausschuss informieren über den Stand der Verhandlungen und über die Schwerpunkte. Da war mit den Fragen der Opposition zu rechnen, hinter denen auch Lobbyisten stehen. In diesem Sinne war die Stimme von den NGOs schon in diesen Arbeitsgruppen zu hören.“<sup>440</sup>

Allerdings blieben bei der Zusammenarbeit mit der Regierung im Hinblick auf den EU-Beitritt einige Organisationen außen vor. Ursächlich dürfte ihre mangelnde Bereitschaft gewesen sein, die finanzielle und auch moralische Unabhängigkeit vom Staat aufzugeben. Zum anderen ließe sich diese Tatsache mit ihrer Einbindung in zivilgesellschaftliche Strukturen und entsprechender Zieldefinition erklären, die aus sich heraus eine derartige Zusammenarbeit ad absurdum führte<sup>441</sup>. Insgesamt stand hinter der Akquirierung neuer Einkunftsquellen für die Nonprofit-Organisationen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt jedoch die Frage nach den Grenzen und der Bereitschaft bürgerschaftlichen Engagements. Mit Sicherheit war das Engagement einiger Organisationen im Kampf um ihre Existenzberechtigung mitgeprägt von einem „free rider“- Effekt. Diese Tendenz erfuhr in einem Gespräch Bestätigung:

„Wenn jetzt das Referendum<sup>442</sup> vorbereitet wird, dann geht es einigen Nonprofit-Organisationen nicht um das Referendum oder um das Ergebnis, wohin sich die Tschechische Republik entwickelt, sondern darum, dass sie durch das Referendum Geld für ihre Tätigkeit bekommen. Das hat nichts mit Bürgerengagement gemein. Das ist so ein Handel: Ich werde mich engagieren, wenn ihr mich bezahlt!“<sup>443</sup>

---

<sup>439</sup> vgl. <http://www.europeanmovement.cz>. Die Auffassungen der tschechischen Beitrittsgegner sind auf der Seite <http://www.euroskeptik.cz> nachzulesen. Euroskeptik ist eine Bürgerinitiative, die die Öffentlichkeit zum aktiven Widerstand gegen proeuropäische Kräfte aufruft.

<sup>440</sup> Interview mit Markéta Šmatlánová am 11.12.2003 in Berlin. Botschaft der Tschechischen Republik. II.Botschaftssekretärin.

<sup>441</sup> Beispielhaft für diese Nonprofit-Organisationen stehen Verbände und Vereine, die insbesondere regional begrenzt im Bereich Freizeit und Sport tätig sind.

<sup>442</sup> Im Juni 2003 fand in Tschechien ein Referendum zum EU-Beitritt statt, an dem 55,21% der wahlberechtigten Bürger teilgenommen haben. Davon sprachen sich 77,33% für den Beitritt aus, 22,67% dagegen. Vgl. <http://www.czechembassy.org/wwwo/default.asp?id=4481&ido=1091&idj=36&amb=2> vom 30.10.2003

<sup>443</sup> Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit David Stulík am 02.12.2002 in Prag.

Insgesamt jedoch ist die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als wichtiger Kommunikationskanal der Regierung im Beitrittsprozess positiv zu bewerten.

„Ich glaube, die Rolle der Nonprofit-Organisationen war aber insbesondere in der Vorbereitung auf die Volksabstimmung in der Tschechischen Republik sehr wichtig. Man ist von der grundsätzlichen Idee ausgegangen, dass man die EU den Bürgern vermitteln soll nicht direkt als Politiker, als Beamter, sondern über NGOs. Das wirkt auch authentisch...“<sup>444</sup>

Die Prüfung des Beitrags der tschechischen Stiftungen zum EU-Beitrittsprozess soll vor dem Hintergrund der Zielperspektive EU-Integration als externer Stabilisierungsfaktor demokratischer Konsolidierung in der osteuropäischen Transformation vollzogen werden. Das von FRANTZ entworfene „Springformmodell“<sup>445</sup>, basierend auf der Annahme, dass externe Stabilisierung in Form institutioneller Hilfen solange notwendig wird bis das System eine ausreichende innere Stabilität aus sich heraus gefunden und „Selbsteilungskräfte“ entfaltet hat, scheint in diesem Zusammenhang einen geeigneten Rahmen zu bieten.

Aus den empirischen Evidenzen der vorangegangenen Kapitel wurde ersichtlich, dass in der Transformationsgesellschaft Tschechien nach 1989 intensiv externe Stabilisierung betrieben wurde. Verzichtbar werden diese Hilfen, wenn die zivilgesellschaftliche Entwicklung und demokratische Konsolidierung des Landes auf einer Ebene angekommen sind, auf der die Gefahr eines Systemzusammenbruchs oder erneuten Systemwechsels nicht mehr gegeben ist. Diese Gefahr fasst FRANTZ als dysfunktionale Reize im System während des Beitrittsprozesses. Die Rolle der Stiftungen in Tschechien bei der Verarbeitung dieser dysfunktionalen Reize im Sinne des FRANTZschen Springformmodells wird nachfolgend diskutiert.

---

<sup>444</sup> Interview mit Jan Sechter am 11.12.2003 in Berlin.

<sup>445</sup> Vgl.: Frantz, Ch.: EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen. 2000, S.240ff.

Übersicht 14: Dysfunktionale Reize während des Beitrittsprozesses

Dysfunktionaler Reiz	Reizquelle	Verarbeitung des Reizes	Akteure
Neugestaltung der sozialen Struktur und damit verbundene Probleme: Armut und mangelnde Perspektiven des Einzelnen	Markt; Staat und Bürger	Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen; Aufzeigen möglicher Integrationsperspektiven in die Gesellschaft	Legislativ- und Exekutivorgane; Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen Bsp. VDV, Stiftung Charta 77, NROS
Stagnierende Wirtschaft	Markt; Staat durch Wegfall öffentlicher Auftraggeber	Schaffung wirtschaftsfördernder Rahmenbedingungen durch legislative Maßnahmen und Bekämpfung der Korruption	Legislativorgane; Stiftungen bei der Bekämpfung der Korruption Bsp. OSF
Hegemonie politischer Parteien im öffentlichen Raum	Staat; Parteien	Diskussion über demokratische Gesellschaftsmodelle; Öffentlicher Diskurs über zivilgesellschaftliche Konzeptionen	Medien, Öffentlichkeit; Stiftungen und andere Organisationsformen des Nonprofit-Sektors Bsp. VIA, AGNES, Jan-Hus-Stiftung, ICN
Beibehaltung zentralistischer und etatistischer Strukturen	Staat	Förderung dezentraler Strukturen; strukturelle und punktuelle Förderung des Nonprofit-Sektors	Legislativorgane; Stiftungen Bsp. VIA, OSF, NROS
Ablehnende Haltung gegenüber der EU	Bürger	Einbeziehung der Bürger über diverse Kommunikationskanäle	Exekutivorgane; Stiftungen und andere Organisationsformen des Nonprofit-Sektors Bsp. NROS, OSF, CpKP, ICN

Eigene Darstellung

Die parallel verlaufenden Prozesse wirtschaftlicher Transformation und gesellschaftlicher Transition werden vom Zusammenbruch der bisherigen Sozialstrukturen begleitet, vom Verlust des sozialen Status und gesellschaftlicher Anerkennung. Gleichzeitig kann aufgrund der erzwungenen Neuorientierung, mangelnder Flexibilität oder auch des beschränkten Zugangs in die neuen Strukturen Perspektivlosigkeit des Einzelnen auftreten. Die Gründe für die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten sind vielfältig: Von innerhalb eines Zeitfensters kompensierbarer Systemunkenntnis über Verhaftung in den Denkmustern des alten Systems oder Ausgrenzung aufgrund des Lustrationsgesetzes<sup>446</sup> bis hin zu tradierten gesellschaftlichen Verhaltensmustern gegenüber Minderheiten – hier insbesondere Sinti und Roma, die sich im neuen System fortsetzten und noch verschärften. Die Stiftung NROS übernahm hier aus EU-Phare-Mitteln die notwendige programmatische Arbeit und vergab jährlich seit 1999 im Rahmen des Programms Dživas Jekhetane Grants an Roma-NPOs und tschechische NPOs für Integrationsprojekte. Schwerpunkt der Förderung waren Aktivitäten in

<sup>446</sup> Das Lustrationsgesetz (Lustrační zákon) vom 04.10.1991 diente in der Tschechoslowakei, später in Tschechien zur Überprüfung von Parlamentsabgeordneten, Regierungsbeamten und Verwaltungsangestellten sowie ehemaligen Oppositionellen. Die Überprüfung war anfangs ein freiwilliger Akt und stellte das Bedürfnis der Gesellschaft nach Elitenreinigung sicher.

den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur, Freizeit, Rechtsberatung und Kommunikation zwischen den Ethnien. Im Jahr 2000 fanden 3 Grant-Runden zuzüglich einer territorial auf das Gebiet Ústí nad Labem bezogenen Runde statt. Während in 2000 insgesamt noch 12,4 Mio. Kč vergeben wurden, lag in 2001 der Gesamtbetrag der Förderung nur noch bei 0,66 Mio. Kč<sup>447</sup>. Für einen derartigen Abfall lassen sich zwei Erklärungen finden: Im Sinne des dargestellten Transformationsmodells ist die demokratische Konsolidierung in diesem Gesellschaftsbereich so erfolgreich verlaufen, dass von ihm keine Gefahr für die Stabilität des Systems mehr ausgeht und die Kosten ohne Auswirkung auf den Konsolidierungsverlauf gesenkt werden können. Dies ist die theoretischen Erklärung. Die praktische sieht wie folgt aus: Aufgrund der weiterhin nicht gelungenen Eingliederung eines großen Teils der Roma in die tschechische Gesellschaft saßen diese auf gepackten Koffern und warteten auf den EU-Beitritt, um aufgrund des Schengener Abkommens ohne große Mühe über die Grenzen nach Großbritannien zu gelangen<sup>448</sup>.

Dem sozialen Problemfeld innerhalb der tschechischen Gesellschaft nahmen sich im Beitrittsprozess in herausragendem Maße die Olga-Havlová-Stiftung<sup>449</sup> und die Stiftung Charta 77<sup>450</sup> mit ihren Grant-Programmen (vgl. Kap. V/2.3.) an.

Eine weiteres Risiko gesellschaftlicher Konsolidierung war die auf die Privatisierung<sup>451</sup> folgende Zeit der Stagnation der Wirtschaft in den Jahren 1990 bis 1999<sup>452</sup>. In der Bekämpfung der wirtschaftlichen und damit zusammenhängenden politischen Korruption engagiert sich besonders die Stiftung Open Society Fund Praha.

---

<sup>447</sup> Vgl.: NROS – Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (Hrsg.): Jahresbericht 2000. Prag. 2000, S.40-51 und 88. und NROS - Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2001, S. 11f.

<sup>448</sup> Diese Auffassung vertrat die tschechische Tageszeitung Mladá fronta DNES im Februar 2004.

<sup>449</sup> Im Rahmen des Programms „Integrationswege“ vergab die Stiftung in 2001 Grants i.H.v. 2,055 Mio. Kč, für die Rehabilitation von Behinderten und Kranken 1,26 Mio. Kč, für Maßnahmen im Bereich Gesundheitswesen 1,12 Mio. Kč. Vgl. Olga-Havlová-Stiftung (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2002, S.19-21.

<sup>450</sup> Herausragend sind hier die Programme „Konto Bariéry“, „Konto Miša“, „Lebensinseln (Ostrovny života)“. Das „Konto Bariéry“ leistete z.B. in 2002 finanzielle Hilfe für Rehabilitationsmittel, Pflegedienste u.ä. i.H.v. ca. 2,24 Mio. Kč. Bemerkenswert ist die hieran exemplifizierte Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung. Mit monatlichen 20- Kč-Spenden übernehmen 42.000 Einzelpersonen sowie mehrere Firmen einen kleinen Teil sozialer Verantwortung für die Gesellschaft.

Vgl. Stiftung Charta 77 (Hrsg.): Jahresabschlussbericht 2002. Prag.2003, S. 8-10. und Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

<sup>451</sup> Die Transformation des Eigentums erfolgte in drei Schritten: Der Restitution des verstaatlichten Eigentums an die ursprünglichen Eigentümer, der Kleinen und der Großen Privatisierung. Den legislativen Rahmen der Privatisierung bildeten das Gesetz Nr. 427/1990 Sammlg., über die Kleine Privatisierung und das Gesetz Nr. 92/1991 Sammlg., über die Überführung des Staatseigentums auf andere Personen (Große Privatisierung). Institutionell wurde die Privatisierung vom Nationalen Vermögensfonds (Fond Národního majetku – FNM), ab Juli 1996 vom Ministerium für Finanzen betreut.

Vgl.: Skalický, J.: Der Stand der Privatisierung und wirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechischen Republik. Vortrag auf dem Symposium der ICC. Düsseldorf, 08.02.1996.

<sup>452</sup> Das Bruttoinlandsprodukt in Tschechien verzeichnete bis zum Jahr 2000 ein negatives Wachstum – in 1998: -2,2%, in 1999: -0,8%.

Vgl.: Kipke, R.: Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei. Wiesbaden. 2002, S. 92.

Im Vergleich mit anderen beitragswilligen Transformationsländern nimmt Tschechien dennoch neben Slowenien mit seiner Wirtschaftskraft einen vorderen Platz ein. Der Bericht der Europäischen Kommission vom 8. November 2000 bewertet Tschechien (gemeinsam mit Estland, Ungarn und Polen) als Land mit funktionierender Marktwirtschaft.

„...besonders Projekte, die sich mit Fragen der Korruption, der Aufdeckung von Korruption beschäftigen, mit Fragen des Zugangs zu Informationen für die Bevölkerung... Dieses zweite Thema wurde gewählt, weil wir wissen, dass die NPOs hier nur sehr schlecht Mittel akquirieren können.“<sup>453</sup>

Die in Kapitel IV diskutierten zivilgesellschaftlichen Konzeptionen in Tschechien führen direkt zu einem weiteren dysfunktionalen Reiz: Der Hegemonie politischer Parteien. Dieser kennzeichnet die osteuropäische Transition in besonderem Maße, da er eine direkte Weiterführung der im kommunistischen Regime etablierten Machtstruktur impliziert. Die führende Rolle der Partei, hier der KSČ an der Spitze der Nationalen Front (Národní fronta) war unumstritten. Oberste Priorität hatte nach der Samtenen Revolution die Liberalisierung des Marktes, die Schaffung einer „Marktwirtschaft ohne Attribute“, so Václav Klaus. Die Auseinandersetzung mit anderen Interessenvertretern, die ein Stück vom „Machtkuchen“ abhaben wollten, wie die Ereignisse im November 1989 zeigten, wurde auf die zweite Hälfte der neunziger Jahre vertagt.

Schließlich muss in der demokratischen Konsolidierung ein weiterer Reiz, der einem Inertialsystem folgend, auf allen Ebenen des Systems auftrat, durch legislative Akte – aber und vor allem auch durch Bewusstseinsbildung - ausgeschaltet werden: Der Drang nach allumfassender Kontrolle der Gesellschaft durch das System brachte Menschen in verkrusteten zentralistischen Strukturen mit hohem Verharrungsgrad hervor. Mit der Schaffung legislativer Voraussetzungen wurde bereits sehr früh mit der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 367/1990, über die Gemeinden die Tür zum Transformationskorridor geöffnet. Ein stark ausgeprägter Reiz war die ablehnende Haltung gegenüber dem EU-Beitritt<sup>454</sup> als Transformationsrahmen an sich. Hier agierten die Stiftungen und NPOs, insbesondere unterstützt durch den TRUST (vgl. Kap. V/4.2. ) und der EU (vgl. Kap. V/4.3.), im Sinne der Kommunikationsstrategie<sup>455</sup>. Das tschechische Außenministerium ging Kooperationspartnerschaften ein, z.B. mit dem ICN.

---

<sup>453</sup> Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Štátná am 26.11.2002 in Prag.

<sup>454</sup> In 1997 sprachen sich lt. Umfrage 49% der Bevölkerung für den Beitritt und 13% dagegen aus. In 2000 nahm insbesondere die Zahl der Beitrittsgegner zu: 22% sprachen sich gegen den Beitritt aus, 51% dafür. Die Gründe hierfür sieht JUCHLER in drei in der Bevölkerung verwurzelten und durch politische Interessen neu geschürten Ängsten: Betroffenheit in der privaten Sphäre (Angst vor Restitution sudetendeutschen Eigentums), Betroffenheit in der staatlichen Sphäre (Angst vor neuer Hegemonie aus Brüssel aufgrund der jahrzehntelangen sowjetischen Vorherrschaft) und in parteipolitische Interessen (durch politische Parteien heraufbeschworene Ängste im Zusammenhang mit Wahlkampagnen).

Vgl.: Kipke, R.: Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei. Wiesbaden. 2002, S.91. Nach Juchler, J: Zur Osterweiterung der EU – Gesellschaftliche Asymmetrien und ihre Risiken. In: Europäische Rundschau 29(1),2001,S.131.

<sup>455</sup> Die Kommunikationsstrategie zum Beitritt ist eine programmatische Erklärung der Regierung. Sie teilt sich in eine „Strategie nach innen“ und eine „Strategie nach außen“. Ziel der äußeren Strategie ist die Präsentation der Tschechischen Republik in der EU als Beitrittskandidat. Die innere dient zur Paralisierung dysfunktionaler Anreize im Sinne einer weiteren Systemstabilisierung auf dem Weg der Integration. Hierfür wird im System ein Ressourcenpotential aktiviert, das als sogenannte *Kommunikationskanäle* Eingang in die Kommunikationsstrategie gefunden hat. Ein entscheidender Kommunikationskanal ist der Nonprofit-Sektor.

„... dort (d.h. im Außenministerium, Anm.d.V., gibt es) einen Fonds für NPOs mit dem Namen „Mit den Bürgern der Tschechischen Republik in die EU“. Bisher lief der Fonds zwei Jahre, letztes Jahr mit 900.000, in diesem Jahr mit 1,2 Mio. aus dem Haushalt, die wir administrieren und für NPO-Projekte ausschreiben, die mit der Informationsvermittlung zum EU-Beitritt zusammenhängen...Es gab Vorträge, Treffen am Runden Tisch, Ausstellungen republikweit...“<sup>456</sup>

Auf diese Weise wurde die letzte Etappe zum EU-Beitritt zurückgelegt. Zum Ergebnis des Referendums trugen die NPOs durch ihre Aktivitäten und Informationsarbeit, die in 2003 intensiviert wurden, maßgeblich bei.

Die Stiftung NROS initiierte im Januar 2003 das Internetportal „*Europäisches Tor*“<sup>457</sup> mit der Intension, die tschechischen Nonprofit-Organisationen auf den EU-Beitritt vorzubereiten und über die EU zu informieren. Einen zentralen Stellenwert nehmen hierbei Informationen über die mögliche Ausschöpfung europäischer Fonds, insbesondere der Strukturfonds ein. Diese sind eine bedeutende künftige Finanzierungsquelle für die nichtstaatlichen NPOs in Tschechien nach dem EU-Beitritt. Im Europäischen Sozialfonds (ESF) werden für die Tschechische Republik allein über 50 Mio. € bereitgestellt. Dies setzt allerdings die Handlungsfähigkeit der kofinanzierenden Organisationen voraus.

Die Vorstellungen, auf welche Weise die Strukturfonds der EU zur Finanzierung der Tätigkeit der nichtstaatlichen NPOs herangezogen werden können, sind derzeit noch nicht ausgereift. Es wird empfohlen, Kofinanzierungsmodelle umzusetzen, wobei die mitfinanzierenden Organisationseinheiten die Ministerien sein sollten.<sup>458</sup>

Das Zentrum für kommunale Arbeit (Cpkp)<sup>459</sup> soll z.B. den Nonprofit-Organisationen Hilfestellung bei der Beantragung finanzieller Mittel aus den EU-Strukturfonds geben und die Öffentlichkeit in die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union einbeziehen.

---

Die Regierung bedient sich folgender Kommunikationskanäle: Der Medien im weitesten Sinne, Plakate, Informationsbroschüren, der Einrichtung 20 regionaler und örtlicher Informationsbüros – REIS und MEIS – sowie von Informationsständen –Europunkten-, der Einbeziehung des privaten Sektors und des Nonprofit-Sektors.

Vgl. auch [www.euroskop.cz](http://www.euroskop.cz)

<sup>456</sup> Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Marek Šedivý am 02.12.2002 in Prag.

<sup>457</sup> [http://www.ngo-eu.zobraz\\_aktualita.asp?id=174](http://www.ngo-eu.zobraz_aktualita.asp?id=174) vom 16.02.2004.

<sup>458</sup> Ein Beispiel für ein Rahmenmodell der Kofinanzierung in Form der Zusammenführung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und einheimischer Mittel wurde von Milena Černá auf der Konferenz „Die Zivilgesellschaft in den Ländern Mitteleuropas, Aspekte der Kommunikation zwischen den Nonprofit-Organisationen und dem Staat“ erläutert.

Vgl.: Černá, M.: Finanzierung der nichtstaatlichen NPOs. Friedrich-Ebert-Stiftung, Prag. „Die Zivilgesellschaft in den Ländern Mitteleuropas, Aspekte der Kommunikation zwischen den Nonprofit-Organisationen und dem Staat“. Materialien der Internationalen Konferenz am 11. und 12.11.2002, S.3.

<sup>459</sup> vgl.: <http://www.cpkp.cz>

Das Zentrum für Gemeinschaftsarbeit (Centrum pro komunitní práci) ist eine 1996 gegründete Organisation mit dem Ziel, die Bürger in bezug auf die Teilnahme an Entscheidungsprozessen der staatlichen Verwaltung und örtlichen Verwaltung zu aktivieren. Durch die Bildung von Gemeinschaftskoalitionen (Komunitní koalice) aus repräsentativen Verbänden lokaler Nonprofit-Organisationen (Zentrum der NPOs Plzen, Zentrum der NPOs České Budejovice, Koalition der NPOs Jihlava) fanden NPOs Mitsprache bei der Beteiligung an kommunalen Vorhaben.

Stiftungen wie der Open Society Fund (OSF) Prag arbeiten eng mit dem Cpkp Plzen zusammen.

„...für einige Projekte haben wir ihnen Grants gegeben. Und gegenwärtig richten sie ihr Augenmerk auf die Vorbereitung der Nonprofit-Organisationen auf den EU-Beitritt. Das ist auch ein Thema, womit wir uns beschäftigen, so dass es hier Kooperationen gibt.“<sup>460</sup>

Zusammenfassend ist unter Berücksichtigung der im Laufe der Untersuchung erhobenen empirischen Evidenzen zu konstatieren, dass die tschechischen Stiftungen in Bezug auf den EU-Beitrittsprozess neben der strukturellen und punktuellen Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen mögliche Integrationsperspektiven in die Gesellschaft hineingetragen, die Diskussion über demokratische Gesellschaftsmodelle und den öffentlichen Diskurs über zivilgesellschaftliche Konzeptionen angeregt haben. Darüber hinaus stellten sie für die Berücksichtigung der Belange der Öffentlichkeit einen Kommunikationskanal zur Regierung dar.

Das Verhalten der politischen Akteure im Hinblick auf die Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse konnten die Stiftungen in diesem Zusammenhang nur bedingt kompensieren. Ein möglicher Erklärungsansatz könnte einerseits in der osteuropäischen Tradition der Determinierung der Zivilgesellschaft durch die Politik<sup>461</sup> liegen, andererseits in der Manifestation der zunehmenden Dominanz der pragmatischen Konzeption der Zivilgesellschaft im tschechischen Kontext (vgl. Kap.IV, 1.2.).

---

<sup>460</sup> Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

<sup>461</sup> Die Befunde von KOCKA und BUNCE subsumiert REICHARDT treffend in der Feststellung: „In the West, political society grew out of civil society and in the East, political society predated civil society.“ Reichardt, S.: Civil Society. A Concept for Comparative Historical Research. In: Zimmer, A., Priller, E. (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Opladen. 2004, S. 39.